

Europa Währung in der Krise

Spaniens Regierung wirbt angesichts der drohenden Herabstufung der Kreditwürdigkeit des Landes durch die US-Ratingagentur Moody's um Vertrauen. Doch in der Europäischen Union wächst vor dem Gipfeltreffen in Brüssel die Sorge, dass sich die Euro-Krise verschärft.

Merkel bleibt hart vor dem EU-Gipfel

Euro-Krise entzweit auch den Bundestag

Von Christian Kerl

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt sich in der Euro-Krise unanfällig. Einen Tag vor dem EU-Gipfel in Brüssel machte sie gestern im Bundestag deutlich, dass sie Schuldensünden unter den Euro-Staaten nicht entgegenkommen will – jedenfalls nicht direkt.

Die Kanzlerin sagte in einer Regierungserklärung, die Vergemeinschaftung der Risiken sei keine Lösung. Der Euro habe sich als krisenfest bewährt, Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit seien zwei Seiten einer Medaille.



Sie erteilte damit dem Vorschlag, die Euro-Staaten sollten mit gemeinsamen Anleihen (Eurobonds) Schulden- und Zinsrisiken teilen und so angeschlagenen Ländern wie Irland und Portugal die Kreditbeschaffung erleichtern, eine Absage.

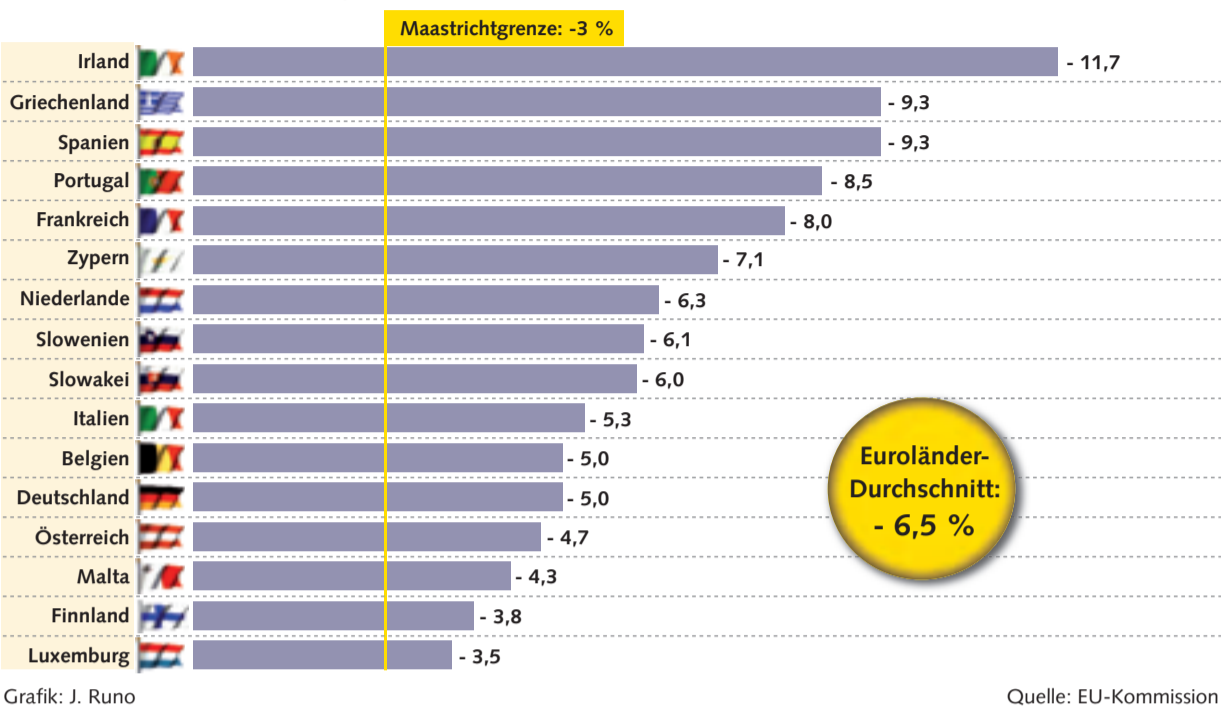
Merkel bemühte sich aber auch um versöhnliche Töne: „Niemand in Europa wird alleingelassen, niemand wird fallengelassen. Europa gelingt nur gemeinsam.“ Merkel beschränkte sich auf bereits bekannte Forderungen zur Ausgestaltung eines so genannten Krisenmechanismus, der ab 2013 die bisherigen Milliardenhilfen für überschuldete Euro-Staaten ablösen soll. Der Gipfel müsse dazu „präzise und enge Beschlüsse“ fassen.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier griff Merkel scharf an, warb für die Idee der Eurobonds: Die gemeinsamen Staatsanleihen würden die Botschaft vermitteln, dass Europa stark sei und gemeinsam handle. Notwendig sei der Ausbau der EU zur politischen Union.

In der schwersten Krise Europas lasse Merkel aber ein mutiges Signal vermissen. Nun bestehe die Gefahr, dass die Europäische Zentralbank durch Aufkäufe von schlechten Staatsanleihen zur „Bad Bank Europas“ werde. Auch Grüne und Linke forderten gemeinsame Staatsanleihen als Rettungsaktion.

Haushaltsdefizite der Euro-Länder 2010

Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Prognose)



Die hohen Haushaltsdefizite einiger Euro-Länder alarmieren die Finanzmärkte – ihre Kredite werden teurer.

Die Euro-Zeitbombe tickt – Jetzt Sorgen um Spanien

Vor dem EU-Gipfel warnen Experten vor neuen Risiken – Noch mehr Hilfen?

Von Christian Kerl

Deutlicher hätte der Kontrast zwischen politischen Beruhigungspapieren und der wirklichen Krise des Euro kaum werden können: Während Kanzlerin Angela Merkel im Bundestag gestern versicherte, der Euro sei krisenfest, gaben die Finanzmärkte neue Alarmsignale: Spanien droht eine weitere Senkung der Kreditwürdigkeit, die Euro-Krise droht sich auszubreiten.

Die Ratingagentur Moodys gab gestern bekannt, sie prüfe eine Herabstufung Spaniens wegen dessen hohen Finanzbedarfs. Prompt stieg der Preis, zu dem sich Spanien frisches Geld beschaffen kann: Die Rendite für zehnjährige Staatsanleihen stieg auf 5,5 Prozent – die Kapitalbeschaffung wird für Spanien fast doppelt so teuer wie für Deutschland, die Zinslast verschärft wiederum die Haushaltskrise.

Finanzexperten im Bundestag äußerten sich hinter vorgehaltener Hand besorgt: „Das ist das, was wir seit Wochen befürchten“, hieß es. „Mit unseren Milliarden-Hilfszusagen sind wir noch nicht am Ende.“

Es ist das Szenario einer Krise, die sich Land für Land durch den Euro-Raum frisst: Erst Griechenland, dann Irland – jetzt könnte, neben dem schon lange bedrohten Portugal, Spanien folgen.

Spekuliert wird darüber in Berlin schon länger: Spanien hat ein enormes Haushaltsdefizit, der Bankensektor braucht neue Hilfen – das Land muss schon jetzt für frisches Geld am Finanzmarkt teure Risikoaufschläge hinnehmen. In dieser Lage aber muss der Staat nächstes Jahr mindestens 100 Milliarden Euro über Anleihen an neuem Geld besorgen, bis 2013 sogar eine halbe Billion Euro.

Anleger sind alarmiert, Spekulanten auch. „Der Refinanzierungsbedarf könnte schon im ersten Quartal zu einer Belastungsprobe für die Märkte werden“, heißt es im Finanzministerium düster.

Das Problem: Portugal als potentieller Krisenstaat könnte noch unter den Euro-Rettungsschirm schlüpfen. Spanien aber, mit 43 Millionen Einwohnern fünfgrößter EU-Staat, wäre mit den bisherigen Krisenhilfen, für die Deutschland bereits 170 Milliarden Euro garan-

tiert, womöglich nicht zu retten. Drei Wege werden in Berlin und anderen Hauptstädten diskutiert:

Die Kapitalbeschaffung für aktuelle und potenzielle Krisenstaaten wird erleichtert, indem die Euro-Länder gemeinsam für deren Anleihen haften – die Risikoaufschläge für Spanien, Irland (8 Prozent Rendite auf Anleihen) oder Griechenland (11 Prozent) würden bei den „Eurobonds“ entfallen, die deutsche Zinslast würde steigen. Berlin sagt dazu Nein. Notwendig wäre eine Koordinierung der Steuer- und Wirtschaftspolitik.

Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft noch mehr Anleihen aus Euro-Krisenstaaten auf. Schon jetzt hat die EZB für 72 Milliarden Euro Papiere von Griechenland, Irland und Portugal erworben. Die EZB will jetzt ihr Grundkapital aufstocken, auch die Bundesbank müsste nachzahlen. Hier leistet die Bundesregierung keinen Widerstand – diese Krisenhilfe erregt wenig Aufsehen.

Der Rettungsfonds könnte aufgestockt werden, um Hilfen auch für Spanien zu finanzieren. Deutschland und Frankreich lehnen das ab.

So verstehen Sie den EU-Jargon

Wie Politiker in der EU die Krise vernebeln

Von Christian Kerl

Es geht um die Zukunft unserer Währung und um hunderte Milliarden Euro, die die Steuerzahler zur Abwehr von Staatspleiten aufbringen müssen. Doch zum EU-Gipfel ab heute in Brüssel verschanzt sich die Politik hinter Technokraten-Sprache, die kaum jemand versteht. Wir erklären wichtige Begriffe:

Krisenmechanismus:

Euro-Sprech für langfristige Milliardenhilfen für Pleitestaaten. Der EU-Gipfel soll die Weichen stellen: Ab 2013, wenn die bisherigen Hilfen auslaufen, soll es eine feste Rechtsgrundlage bei Finanzhilfen für pleitebedrohte Euro-Staaten geben. Deutschland will festschreiben, dass solche Hilfen nur als letztes Mittel und nur einstimmig gewährt werden. Ab 2013 sollen zudem private Anleger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen, wenn die EU hilft.

Lissabon-Vertrag:

Euro-Sprech für den europäischen Mitgliedsvertrag – ein Verfassungsersatz, in Lissabon vereinbart. Der EU-Gipfel soll morgen eine Änderung beschließen, mit der der Vertrag per Öffnungsklausel künftige Euro-Hilfsaktionen erlaubt. Die Bundesregierung will sich so vor Verfassungsklagen gegen deutsche Hilfen schützen.

Eurobonds:

Euro-Sprech für die Idee, dass alle Euro-Staaten gemeinsam Schulden aufnehmen und dafür haften. Krisenländer wie Irland, die derzeit für ihre Staatsanleihen (Bonds) hohe Zinsen zahlen, könnten sicher und billiger an frisches Geld kommen – Staaten wie Deutschland müssten höhere Zinsen zahlen, das würde den Bund 2 bis 6 Milliarden Euro mehr kosten. Deutschland und Frankreich lehnen das ab.

Rettungsschirm:

Bis 2013 befristete Finanzhilfen für pleitebedrohte Euro-Länder. Europäer und Internationale Währungsfonds stellen 750 Milliarden Euro bereit – Deutschland übernimmt Garantien bis zu 150 Milliarden. Die 110-Milliarden-Hilfen für Griechenland – Deutschland haftet mit 22 Milliarden – wurden schon vorher beschlossen.

„Kühlschränke nützen den Afghanen nichts – ohne Strom“

Helmstedter Ärztin schult junge Kinderärzte in Afghanistan und plädiert für eine grundsätzliche Änderung der Entwicklungspolitik

Von Reinhard Brennecke

Nein, Resignation gehört nicht zu ihrem Vokabular. Die pensionierte Kinderärztin Dr. Gudrun Scharifi aus Mariental bei Helmstedt ist nach 26 Jahren humanitärer Hilfe für Afghanistan allerdings tief enttäuscht.

Die Politik müsse dringend an den Gegebenheiten des Landes und den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden. „Was sollen die Afghanen mit Kühlschränken, wenn sie keinen Strom haben und nichts, was man in einem Kühlschrank kühlt?“, spitzt Scharifi das generelle Problem einer falschen Schwerpunktsetzung zu.

Die Ärztin ist vor wenigen Wochen aus Afghanistan zurückgekehrt. Das Land ist ihre zweite Heimat, ihr verstorbener Mann war Afghane. Von 1971 bis 1975 waren sie

als Ärzte in Kabul tätig, wo die Familie mit den Kindern lebte.

Gudrun Scharifi gehört zu den Mitbegründern des „Arztevereins für afghanische Flüchtlinge“, sie sammelt noch immer Spenden; der Ver-



„Im Mittelpunkt der Hilfe für Afghanistan müssen immer die Menschen stehen.“

Gudrun Scharifi

ein schickte Container mit medizinischem Gerät und Krankenhausbetten, vor allem Kinderbetten, nach Afghanistan. Scharifi arbeitete immer auch als Kinderärztin in Polikliniken und Flüchtlingslagern. Zur Politik will sie sich eigentlich nicht

äußern, aber dann sagt sie: „Es ist doch bitter, wie wenig man von Afghanistan weiß und wie dieses Land zugleich zum Spielball von Interessen geworden ist.“ Scharifi verweist auf die USA, China, Indien und Pakistan. Das gute Verhältnis zu Deutschland ändere sich. Es gebe zwar eine historische begründete Freundschaft, aber nach ihrer Beobachtung

„gilt dies für die jüngere Generation nicht mehr“. Im Westen werde von Demokratie geredet, aber die Afghanen seien das Leben in Clan-Strukturen gewohnt. „Traditionen können nicht an Schreibtischen fernab aufgehoben werden.“ Im Übrigen gelte: „Wer ist

Taliban, wer nicht? Das ist keineswegs einfach zu beantworten. Die Grenzen sind fließend.“

Scharifi hat bei ihrem jüngsten, vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst finanzierten Aufenthalt junge Kinderärzte in Kabul geschult: „Grundwissen in Kinderheilkunde“. Sie sagt: „Es ist unsinnig, eine Untersuchung mit dem Ultraschallgerät zu machen, wenn man nicht weiß, wie man einen Bauch abtastet. Gerade in diesen Ländern ist eine gründliche Untersuchung mit Stethoskop, Ohrenspiegel, Spatel und Lampe wichtig. Ein Kind muss zur Untersuchung ausgezogen werden, aber es fehlt an gut eingerichteten Polikliniken, an gut ausgebildeten Schwestern und Pflegekräften, es fehlt an allem.“

Sie ergänzt: „Man mag es kaum glauben, wenn eine Universitätskin-

derklinik, die seit einem Jahr in Betrieb sei, keine zentrale Sauerstoffversorgung hat, eine Neugeborenenstation keinen Wasseranschluss – der in der Zwischenzeit mit unserer Hilfe installiert wurde – und keine Sets für Knochenmarkpunktionen vorhanden sind.“

Scharifi kehrt zum Ausgangspunkt zurück: „Solange zum Beispiel Frauen keine Möglichkeit haben, Geld zu verdienen, können sie sich nicht emanzipieren. Und solange Mädchen noch als Kinder gegen ihren Willen verheiratet werden, ist die Bildungspolitik irgendwo verfehlt.“

Auch wenn sie vielleicht ein bisschen müde geworden ist, aufgeben kommt für die Ärztin nicht in Frage. Sie will einen praktischen Beitrag leisten, kleine Schritte, die etwas bewirken. „Vielleicht ist nicht alles umsonst gewesen“, sagt sie.